

Beschlussempfehlung und Bericht des Sportausschusses (5. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Eugen Schmidt, Barbara Lenk, Jörn König,
weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
– Drucksache 20/6001 –

Unterstützung der Bewerbung einer deutschen Stadt für eine Schacholympiade ab 2028

A. Problem

Die Schacholympiade findet seit dem Jahr 1927 statt, Deutschland war bereits sieben Mal Ausrichter dieser Veranstaltung, letztmalig im Jahr 2008. Da die Bemühungen des Weltschachverbandes FIDE in Richtung des IOC nicht erfolgreich waren, Schach als Disziplin bei den Olympischen Spielen zu verankern, wird es auch weiterhin reine Schacholympiaden geben. Deutschland kommt somit auch weiterhin als Austragungsort in Betracht. Die Veranstaltungen in den Jahren 2024 (Budapest) und 2026 (Taschkent) sind jedoch bereits vergeben, so dass hierfür frühestens das Jahr 2028 in Frage kommt. Bisher gibt es keine Initiative, Deutschland als Gastgeber einer zukünftigen Austragung einer Schacholympiade zu platzieren.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Kosten wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 20/6001 abzulehnen.

Berlin, den 24. Mai 2023

Der Sportausschuss

Frank Ullrich
Vorsitzender

Sabine Poschmann
Berichterstatterin

Fritz Güntzler
Berichterstatter

Philip Krämer
Berichterstatter

Philipp Hartewig
Berichterstatter

Jörn König
Berichterstatter

Dr. André Hahn
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Sabine Poschmann, Fritz Güntzler, Philip Krämer, Philipp Hartewig, Jörn König und Dr. André Hahn

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 20/6001** in seiner 91. Sitzung am 16. März 2023 in erster Lesung beraten und zur federführenden Beratung an den Sportausschuss und zur Mitberatung an den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Tourismus und den Ausschuss für Digitales überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die antragstellende Fraktion der AfD fordert eine Initiative der Bundesregierung, um gemeinsam mit dem Deutschen Schachbund (DSB) eine deutsche Stadt als Gastgeber der Ausrichtung der Schacholympiade ab dem Jahr 2028 zu motivieren und auszuwählen. Eine daraufhin zu erfolgende Bewerbung beim Weltverband FIDE soll kommunikativ und organisatorisch begleitet und sowohl mit einem Finanzierungsrahmen durch Sponsoren und öffentliche Mittel als auch einem technischen Konzept für die Übertragung im Internet unterlegt werden. Ein technisches Schutzkonzept soll digitalen Betrug unmöglich machen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der Haushaltsausschuss hat den Antrag auf Drucksache 20/6001 in seiner 49. Sitzung am 10. Mai 2023 beraten. Der **Haushaltsausschuss** empfiehlt die Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

Der Ausschuss für Tourismus hat den Antrag auf Drucksache 20/6001 in seiner 39. Sitzung am 10. Mai 2023 beraten. Der **Ausschuss für Tourismus** empfiehlt die Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

Der Ausschuss für Digitales hat den Antrag auf Drucksache 20/6001 in seiner 37. Sitzung am 10. Mai 2023 beraten. Der **Ausschuss für Digitales** empfiehlt die Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Sportausschuss hat den Antrag auf Drucksache 20/6001 in seiner 33. Sitzung am 24. Mai 2023 beraten. Als Ergebnis empfiehlt der **Sportausschuss** mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD, den Antrag auf Drucksache 20/6001 abzulehnen.

Die **Fraktion der SPD** erklärte, dass sich der Deutsche Schachbund (DSB) in einem Statement vom 21. März 2023 von dem vorliegenden Antrag distanziert habe. Als Dachorganisation des organisierten Schachsports wäre der DSB federführend mit der Durchführung einer Schacholympiade in Deutschland betraut. Die Fraktion der SPD machte deutlich, dass sie die Autonomie des Sports unterstütze. Allein vor diesem Hintergrund sei eine Ablehnung des vorliegenden Antrags nicht nur gerechtfertigt, sondern auch geboten.

Die **Fraktion der CDU/CSU** erklärte, dass der Antrag vor allem aus zwei Gründen abzulehnen sei: zum einen beschreibe er den falschen Weg einer Bewerbung; diese müsse zunächst von einer interessierten Kommune ausgehen, um dann gegebenenfalls die gebotene sportpolitische Unterstützungen zu finden, nicht umgekehrt. Zum an-

deren werde im Antrag die aktuelle Situation des internationalen Schachverbandes FIDE ignoriert, der von systemnahen russischen Sportfunktionären geführt werde. Dies dürfe in der aktuellen Situation nicht vollends ausgeblendet werden, was der Antrag jedoch tue.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** wertete den Antrag als einen Affront gegenüber dem Deutschen Schachbund. Zusätzlich werde auch die in Artikel 9 des Grundgesetzes formulierte Autonomie des Sports tangiert. Über die Notwendigkeit einer Bewerbung um eine Sportgroßveranstaltung entscheide der Verband in eigener Regie. Man begrüße es sehr, dass sich der Deutsche Schachbund in aller Form und Deutlichkeit im März 2023 vom vorliegenden Antrag distanziert habe.

Die **Fraktion der AfD** befürwortete, dass sich Deutschland um die Ausrichtung von Sportgroßveranstaltungen bewirbt. Deutschland gelte als starke Schachnation und habe in der Vergangenheit bereits mehrfach sehr erfolgreich als Ausrichter einer Schacholympiade agiert, zuletzt 2008 in Dresden. Die nächste Schacholympiade werde 2024 in Budapest und die darauffolgende im Jahr 2026 in Taschkent stattfinden; ab 2028 gebe es noch keine Ausrichter. Die Fraktion der AfD fordert daher die Bundesregierung auf, in enger Kooperation mit dem Deutschen Schachbund (DSB) initiativ nach einer in Frage kommenden Ausrichterstadt zu suchen und diese bei einer möglichen Bewerbung und Ausrichtung kommunikativ und organisatorisch zu begleiten sowie ein Finanzierungskonzept, ein technisches Konzept zur Übertragung und ein Schutzkonzept zur Vermeidung von digitalem Betrug zu entwickeln. Die Schacholympiade sei das wichtigste Turnier im internationalen Schachkalender und generiere enorme Aufmerksamkeit über die Fachmedien hinaus. Durch die Übertragung im Netz würden Millionen sogenannter Kiebitze weltweit in das Turnier eingebunden, sie könnten mit den Kommentatoren kommunizieren und über die laufenden Partien diskutieren. Mit einer solch bedeutenden Sportveranstaltung wie der Schacholympiade würde sich Deutschland erneut als großartiger Gastgeber präsentieren können.

Die **Fraktion der FDP** erläuterte, dass im Antrag die Bundesregierung unter anderem dazu aufgefordert werde, eine deutsche Stadt zu eruieren, die als Austragungsort einer Schacholympiade in Frage komme, eine mögliche Bewerbung organisatorisch und kommunikativ zu unterstützen, sowie ein Finanzierungskonzept zu erstellen. Die Fraktion der FDP teilte das Ansinnen und die Wertschätzung für den Schachsport in Deutschland. Jedoch sollte eine mit dem Antrag angestoßene Initiative, von deren Vorstoß sich der Deutsche Schachbund am 21. März 2023 öffentlich distanziert habe, nicht unterstützt werden. Der Deutsche Schachbund habe deutlich gemacht, dass die Initiative ohne Rücksprache und Abstimmung mit dem Verband erfolgt sei, dies als „schlechten Stil und Effekthascherei“ bewertet und die Fraktion der AfD als Kooperationspartner ausgeschlossen werde. Der Antrag sei daher abzulehnen.

Die **Fraktion DIE LINKE** stellte fest, dass der Deutsche Schachbund in einer Erklärung vom 21. März 2023 zu dem Antrag der Fraktion der AfD festgestellt habe: „Der Deutsche Schachbund distanziert sich von diesem Vorstoß. Er ist ohne Rücksprache und Abstimmung mit dem Deutschen Schachbund erfolgt. Wir halten es für schlechten Stil und Effekthascherei, eine so grundsätzliche Frage aufzuwerfen, ohne mit dem Deutschen Schachbund darüber zu sprechen, inwieweit es von unserer Seite Pläne oder die Bereitschaft zu einer solchen Initiative gibt. Darüber hinaus ist Schach ein Sport, der allen Menschen offensteht und sie verbindet, unabhängig von ihrer Herkunft, ihrem Alter, ihrem Geschlecht, ihrer sexuellen Orientierung, körperlichen Beeinträchtigungen oder anderen individuellen Merkmalen. Für einen solchen Sport, der verbindet statt zu spalten, ist die AfD-Fraktion kein Partner, mit dem wir zusammenarbeiten oder zusammenarbeiten wollen.“ Dieser Erklärung habe die Fraktion DIE LINKE nichts hinzuzufügen. Sie lehnte den Antrag ab.

Berlin, den 24. Mai 2023

Sabine Poschmann
Berichterstatlerin

Fritz Güntzler
Berichterstatter

Philip Krämer
Berichterstatter

Philipp Hartewig
Berichterstatter

Jörn König
Berichterstatter

Dr. André Hahn
Berichterstatter